

Hinweis

Regionale Lebensmittel auf den Passhöhen

Markt In den Sommermonaten findet jeden Sonntag auf einer der Passhöhen Oberalp, Lukmanier, Flüela, Gotthard und Klausen ein Passmarkt statt. Mit Märkten im Tessin wird die Marktsaison dann noch bis in den Oktober verlängert. Einheimische Produzenten bieten Handwerkliches und regionale Köstlichkeiten aus den umliegenden Kantonen an. Die Märkte finden wie folgt statt:

Gotthard: 27. Juni, 25. Juli, 29. August 10–16 Uhr; **Oberalp:** 4. Juli, 8. August, 5. September 10–16 Uhr; **Lukmanier:** 11. Juli 10–16 Uhr; **Flüela:** 18. Juli, 10–16 Uhr; **Klausen:** 15. August (Verschiebedatum 22. August) 10–16 Uhr; **Ascona:** 18. September 10–18 Uhr; **Locarno:** 25. September, 10–18 Uhr; **Belinzone:** 10. Oktober, 10–18 Uhr

Die Passmärkte und Märkte im Tessin sind alle mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen. Informationen über die Durchführung gibt es ab Freitagmittag vor dem jeweiligen Markt unter www.alpinavera.ch oder telefonisch unter 0812541850.

Nidwaldner Zeitung | Obwaldner Zeitung | Urner Zeitung

Verleger: Peter Wanner.

Leiter Publizistik: Pascal Hollenstein (pho).

Geschäftsführung: Dietrich Berg.

Chief Product Officer: Mathias Meier.

Werbemarkt: Stefan Bai, Paolo Placa.

Lesermarkt: Zaira Imhof, Bettina Schibli.

Ombudsman: Rudolf Mayr von Baldegg.

rmbv@advoweggishaus.ch.

Redaktion Nidwaldner/Obwaldner Zeitung/Urner Zeitung

Florian Arnold (zf, Leiter); Heierli Anian (AH, Stv. Leiter); Urs Hanhart (urh); Matthias Piazza (map); Lucien Rahm (lur); Martin Uebelhart (mu); Philipp Unterschütz (unp); Markus Zwissig (MZ); Kristina Gysi (kg, Volontärin); Florian Pfister (fpf, Stagiare); Christian Tschümperlin (cts, red. Mitarbeiter).

Adresse Redaktion Urschweiz: Obere Spicherstrasse 12, 6370 Stans. Telefon: 041 618 62 70. E-Mail: redaktion@nidwaldnerzeitung.ch.

Redaktion Luzerner Zeitung

Chefredaktion: Jérôme Martin (jfm), Chefredaktor; Cyril Aregger (ca), Stv. Chefredaktor und Leiter Sport; Rahel Hug (rh), Co-Chefredaktorin Zuger Zeitung; Christian Peter Meier (cpm), Stv. Chefredaktor und Leiter Regionale Ressorts.

Redaktionsleitung: Florian Arnold (zf), Leiter Redaktion Urschweiz; Robert Bachmann (rbac), Leiter Redaktionsentwicklung Digital; Lukas Nussbaumer (lun), sv. Leiter Regionale Ressorts; Arno Renggli (ara), Leiter Gesellschaft und Kultur; Harry Ziegler (haz), Co-Chefredaktor Zuger Zeitung

Ressortleiter: Boris Bürgisser (bob), Leiter Gestaltung; Christian Glaus (cgl), Leiter Produktionsdesk Luzern/Zentralschweiz; Regina Grütter (reg), Apero/Kino; Lene Horn (len), Foto/Bild; Robert Knobel (rk), Stadt/Region; Sven Aregger (ars), Sportjournal; Maurizio Minetti (mim), Wirtschaft; Dominik Weingartner (dwi), Kanton; René Meier (rem) Co-Leiter Online.

Adresse: Maihofstrasse 76, 6002 Luzern. Telefon: 041 429 51 51. E-Mail: redaktion@luzernerzeitung.ch.

Zentralredaktion CH Media

Chefredaktion: Patrik Müller (pmü), Chefredaktor; Doris Kleck (dkl), Stv. Chefredaktorin und Co-Leiterin Bundeshaus; Roman Schenkel (rom), Stv. Chefredaktor und Leiter Nachrichten und Wirtschaft; Raffael Schuppisser (ras), Stv. Chefredaktor und Leiter Kultur, Leben, Wissen.

Ressortleitungen: Inland und Bundeshaus: Anna Wanner (awa), Co-Ressortleiterin; Doris Kleck (dkl), Co-Ressortleiterin. Wirtschaft: Florence Vuichard (fv), Ressortleiter. Kultur: Stefan Künzli (sk), Teamleiter. Leben/Wissen: Katja Fischer (kaf), Co-Teamleiterin; Sabine Kuster (kus), Co-Teamleiterin. Sport: François Schmid (fsc), Ressortleiter. Ausland: Fabian Hock (fho), Samuel Schumacher (sas).

Adresse: Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Telefon: 058 200 58 58; E-Mail: redaktion@chmedia.ch

Service

Abonnemente und Zustelldienst: Telefon 058 200 55 55, aboservice@chmedia.ch.

Anzeigen: CH Regionalmedien AG, Obere Spicherstrasse 12, 6371 Stans. Telefon 041 429 52 52, Fax 041 429 59 69, E-Mail: inserate-lzmedien@chmedia.ch.

Technische Herstellung: CH Media Print AG/CH Regionalmedien AG, Maihofstr. 76, Postfach, 6002 Luzern, Tel. 041 429 51 51.

Abonnementspreise: Print und Digital: Fr. 49.– pro Monat oder Fr. 542.– pro Jahr; Digital Plus: Fr. 33.– pro Monat oder Fr. 368.– pro Jahr; Digital: Fr. 14.50 pro Monat oder Fr. 145.– pro Jahr (inkl. MWST).

Auflage und Leserschaft: Verbreitete Auflage Nidwaldner Zeitung: 6 123. Verbreitete Auflage Obwaldner Zeitung: 4 489. Verbreitete Auflage Urner Zeitung: 2 820. Verbreitete Auflage Gesamtausgabe Luzerner Zeitung: 99 873. Leser Gesamtausgabe Luzerner Zeitung: 280 000. Verbreitete Auflage: CH Regionalmedien: 321 437 Leser CH Regionalmedien: 344 000. Quelle: Auflagen: WEMF 2020. Quelle Leserschaft: MACH-Basic 2019-1.

Copyright Herausgeberin.

Beteiligungen der CH Regionalmedien AG unter www.chmedia.ch

Herausgeberin: CH Regionalmedien AG, Maihofstrasse 76, 6002 Luzern. Die CH Regionalmedien AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der CH Media Holding AG.

ch media

Ärger um die Fristverlängerung

SP-Landrat Urs Kieliger hinterfragt, weshalb Andermatt bis 2040 von der «Lex Koller» befreit wird.

Florian Arnold

10 Jahre mehr stehen zur Verfügung, um das Tourismusprojekt Andermatt zu realisieren. Im Februar hat der Bundesrat die Ausnahmeregelung der «Lex Koller» bis 2040 verlängert. Diese schränkt den Erwerb von Ferienimmobilien für ausländische Käufer ein. In einer kleinen Anfrage blickte Landrat Urs Kieliger (SP, Erstfeld) kritisch auf diesen Entscheid.

In ihrer Antwort stellt die Urner Regierung nun klar, dass das entsprechende Gesuch von der Orascom Development Holding AG sowie der Andermatt Swiss Alps AG gestellt worden war. Der Bundesrat habe vor dem Entscheid die Kantonsregierung angehört. «Beim touristischen Grossprojekt in Andermatt wurden bisher Investitionen von rund 1,2 Milliarden Franken getätigt», ruft die Regierung in Erinnerung. Das Projekt habe für Aufschwung gesorgt. Über 1000 Arbeitsplätze

habe Andermatt Swiss Alps geschaffen, die Einwohnerzahl sei gestiegen, und heute sei Andermatt der grösste Nettozahler in den innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleich.

Geringer Anteil von Erstwohnungen

Die grosse wirtschaftliche Bedeutung des Tourismusresorts und das Interesse an dessen vollständiger Fertigstellung hätten die Regierung zur Unterstützung des Gesuchs bewogen. Dieses sei nun gestellt worden, weil sich schon jetzt abgezeichnet habe, dass sich das Projekt nicht bis 2030 realisieren lasse. Nicht bestreiten kann die Regierung, dass Andermatt heute vor allem aus Zweitwohnungen besteht.

Gemäss Auskunft der Gemeinde liegt der Erstwohnungsanteil in Andermatt bei 42 Prozent und in den Apartmenthäusern des Feriendorfs Reuss bei 22 Prozent. Kieliger macht sich vor allem Sorgen, ob für die einheimische Bevölkerung noch

genügend Wohnraum zur Verfügung stehe. Die Regierung gibt jedoch Entwarnung. In Andermatt stünden zurzeit gut 35'000 Quadratmeter unbebaute Bauzonen zur Verfügung, die sich für Wohnnutzungen eignen.

«Durch Ersatzneubauten, Verdichtungen und weitere Massnahmen innerhalb der bereits bebauten Gebiete werden in den kommenden Jahren weitere Nutzungsmöglichkeiten für die nichttouristischen Bedürfnisse vor Ort geschaffen», so die Regierung. Ausserdem habe die Gemeinde das Problem erkannt. «Sie hat dazu verschiedene Massnahmen für eine aktive Wohnungspolitik zur Förderung des bezahlbaren Wohnens festgelegt.»

Darüber hinaus wurden im Rahmen der vom Bundesrat am 31. Januar 2007 genehmigten Richtplananpassung Urserental neben der Festsetzung des Standorts des Tourismusresorts zusätzlich Flächen für die langfristige Siedlungsentwicklung

von Andermatt ausgeschlossen. Die Gemeinde verfügt damit über ein Potenzial für eine künftige weitere, ausschliesslich nicht-touristische Siedlungsentwicklung.

Schliesslich sprach Urs Kieliger über ein mögliches Klumpenrisiko, das sich durch die Abhängigkeit von einem Investor ergebe. «Beim touristischen Grossprojekt in Andermatt ist das Risiko auf verschiedenen Schultern verteilt», so die Regierung. Beteiligt seien auch Co-Investoren, die einzelnen Stockwerkeigentümer der Wohnungen in den Apartmenthäusern. «Von einem Klumpenrisiko kann deshalb keine Rede sein.»

Haben Investoren die Gemeinde in der Hand?

Das sieht Kieliger anders. Zwischen den Zeilen suggeriere die Regierung, dass eine «Nichtfertigkeitstellung des Resorts ein Problem für den Kanton darstellen würde», schreibt er in einer Stellungnahme. Man müsse also

auch künftig auf die Anliegen des Investors eingehen. «Ganz böse Zungen sagen, dass Sawiris und Co. unsere Regierung in der Hand haben.» Allgemein findet der Landrat, dass die Antworten «sehr knapp und oberflächlich». Man müsse sich fragen, ob nach dieser Fristverlängerung noch weitere folgen würden.

Was effektiv für bezahlbaren Wohnraum für die einheimische Bevölkerung getan werde, sei nicht ersichtlich. Kanton und Gemeinden müssten aktiv eingreifen, selber Boden kaufen und dann im Baurecht zu bezahlbaren Konditionen an Einheimische abgeben, so sein Vorschlag. Denn die Immobilienpreise hätten in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich zugenommen. «Für wohlhabende Familien kein Problem, für Einheimische und junge Familien wohl aber ein grosses Hindernis, um sich in Andermatt niederzulassen», so sein Fazit. Mit der Antwort der Regierung sei er deshalb nur teilweise zufrieden.

Deshalb ist die Integration manchmal schwierig

Der Urner Flüchtlingstag hat Antworten auf Fragen geliefert. Im Mittelpunkt stand der Familiennachzug.

Ein strahlender Sommertag sei es gewesen, als die 500 Besucherinnen und Besucher dem Urner Flüchtlingstag in Altdorf beigewohnt haben, was das Hilfswerk der Kirchen Uri in einer Medienmitteilung schreibt. Gegen 12 Uhr hätten sich die in Uri lebenden Flüchtlinge aus Afghanistan, Syrien, Somalia, Sri Lanka und Eritrea hinter den mit bunten Plakaten behängten Essensständen befunden, um den Gästen die kulinarischen Happen aus der Heimat näherzubringen. Bei der Zubereitung durften die Flüchtlinge die Infrastruktur des Fomaz und der Schützenmatte benutzen. Das hat sich gelohnt: Schon um 14 Uhr habe die für die Einhaltung der Schutzmassnahmen verantwortliche Securitas rund 300 Eintritte gezählt.

Im Kontrast zum lockeren Auftakt beinhaltet das Nachmittagsprogramm ein anspruchsvolleres Thema. Unter dem Titel «Familien gehören zusammen. Auch geflüchtete.» wollten die verantwortlichen Institutionen, also das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) und das Hilfswerk der Kirchen Uri, auf die Schwierigkeiten der Familienzusammenführung beziehungsweise des Familiennachzugs im Asylbereich aufmerksam machen.

Familie hat eine grosse emotionale Bedeutung

Laut Angaben des Urner Kirchenhilfswerks haben sich dann 50 Personen ins Innere des Winkels begeben, um als Erstes dem Urner Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektor Christian Arnold zuzuhören. Arnold verwies etwa auf die grosse emotionale Bedeutung von Familie, auch bei sich selbst. In Bezug auf die Si-



Die Flüchtlinge haben die Kulinarik aus ihrer Heimat gezeigt.

Bild: PD

«Im Bezug auf die Situation im Flüchtlingsbereich sind ausgewogene Lösungen gefragt.»

tuation im Flüchtlingsbereich seien ausgewogene Lösungen gefragt und dafür Auseinandersetzungen wichtig, die trotz allem auch sachlich geführt werden müssten, um ihr Ziel nicht zu verfehlen, so Arnold.

Carolin Krauss, Fachbereichsleiterin Migration beim SRK in Bern, hat nach einem Bericht eines in Uri lebenden Flüchtlings von den Problemen für das Zusammenleben der Flüchtlingsfamilien erzählt. Das Recht auf Familie sei trotz Verankerung in der Genfer Flüchtlingskonvention wie auch in der Schweizerischen Bundesverfassung für Menschen aus dem Asylbereich nicht selbstver-

ständig, erklärte sie in ihren einleitenden Worten. Abgesehen davon, dass der Begriff Familie sich in diesem Kontext nur auf Ehepartner und Kinder bezieht, stünden Angehörigen von hier lebenden Flüchtlingen vielfach vor grossen praktischen Hürden, etwa wenn es um die Beschaffung der notwendigen Dokumente oder auch um finanzielle Kosten geht.

Psychische Belastung behindert Integration

Die hier lebenden Personen, so Krauss weiter, erführen je nach Bewilligung auch eine Ungleichbehandlung. Vor allem F-Bewilligte müssten – obwohl sie län-

gerfristig hierblieben – oft schier unüberwindbare Hürden bewältigen. Die Sorgen und Ängste um ihre Liebsten und die damit einhergehenden psychischen Belastungen behinderten die Betroffenen bei genau jener Integration, die für den Familiennachzug nötig wäre. So entstehe ein Teufelskreis, bei welchem das ersehnte Familienleben oft chancenlos bliebe.

Über die Vorträge und das kulinarische Angebot hinaus musste in diesem Jahr wegen der geltenden Coronamassnahmen der Regierung auf den Bazar verzichtet werden. Zum Abschluss spielten verschiedene Urner Bands. (zgc)

Christian Arnold
Urner Regierungsrat (SVP)

Erstklässler suchen Lehrerin per Video

Der Lehrermangel an den Luzerner Schulen spitzt sich zu. In der Not werden Schulleiter wie der Schötzer Peter Bigler besonders kreativ.

Christian Glaus

«Ich wünsche mir von unserer neuen Lehrerin, dass sie lieb ist.»
«Dass sie mega nett ist.» «Dass sie mir viel hilft.»

Die Schülerinnen und Schüler der gemischten 1./2. Klasse in Schötz haben eine klare Vorstellung: Ihre künftige Klassenlehrperson soll gut zeichnen, singen und Akkordeon spielen. Sie soll schöne Sachen hinlegen, wenn die Kinder Geburtstag haben und ihnen auch mal sagen, wenn sie ruhig sein sollen. Diese Erwartungen tun die Kinder in einem Video kund, das derzeit in den sozialen Medien kursiert.

Hinter dem Video steht Schulleiter Peter Bigler. Er hat diesen Weg gewählt, weil er vor einem Problem steht: In knapp zwei Monaten beginnt das neue Schuljahr – und trotz Stellenausschreibung hat Bigler niemanden für die 100-Prozent-Stelle als Klassenlehrperson der 1. und 2. Klasse gefunden. «Ich habe nicht einmal eine Bewerbung erhalten», sagt Bigler. Nun drängt die Zeit. Er ist sich bewusst, kurz vor den Sommerferien hat die Mehrheit der ausgebildeten Lehrpersonen bereits eine Stelle für das nächste Schuljahr. Deshalb setzt er auf Emotionen: «Ich will jene ansprechen, die sich Gedanken machen, wieder einzusteigen, die sich aber noch nicht definitiv entschieden haben. Oder jene, deren Pläne sich kurzfristig geändert haben.»

153 Lehrpersonen werden pensioniert

Parallel dazu laufen Gespräche mit Lehrpersonen an der Schule Schötz, um die Pensen umverteilen zu können. Denn die Stelle als Klassenlehrperson ist zentral, sie unbesetzt zu lassen, keine Option. Peter Bigler braucht



Livia Illi vor der Kamera des Schötzer Schulleiters Peter Bigler.

Bild: Nadia Schärli (21. Juni 2021)

jemanden, der am 23. August vor die Klasse steht und greift dafür «nach jedem noch so kleinen Strohhalm».

Der Schulleiter sagt, es sei noch schwieriger geworden, Stellen zu besetzen. Einerseits würden zu wenige junge Lehrpersonen nachkommen, um jene zu ersetzen, die in Pension gehen. In diesem Sommer werden 153 Lehr- und Fachpersonen pensioniert (inkl. Gymnasien und Berufsfachschulen). Andererseits sei die Schule im Wandel. «Man kommt weg vom Lehrer, hin zum Lerncoach.» Dieser Wandel – bewusst mit dem Lehrplan 21 angestossen – führe zu einer höheren Fluktuation.

Der Schötzer Schulleiter versteckt seinen Frust nicht: «Wir wissen seit Jahren, dass es einen Mangel geben wird, trotzdem spitzt sich die Situation nun zu.»

Peter Bigler ist nicht der Einzige im Kanton Luzern, der Mühe hat, eine Lehrerstelle zu besetzen. Per Mitte Juni waren 42 grössere Pensen (über 50 Stellenprozent) offen. Im Vorjahr waren es zum gleichen Zeitpunkt 23. Inzwischen konnte die Zahl auf 33 offene Stellen gesenkt werden, darunter sind sechs für Klassenlehrpersonen. Aldo Magno, Leiter der Dienststelle Volksschulbildung, zeigt sich zuversichtlich, dass die wichtigen Stellen als Klassen-

lehrperson noch besetzt werden können. Dennoch: «Im Vergleich zum Vorjahr präsentiert sich die Rekrutierungssituation nochmals anspruchsvoller.» Und das, obwohl frühere Sparmassnahmen rückgängig gemacht wurden und obwohl die Kantonsregierung schon vor einiger Zeit bekannt gegeben hatte, die Löhne auf das neue Schuljahr hin anzuheben.

Spezialisten fehlen

Zu den 33 offenen Stellen mit Pensum über 50 Prozent kommen noch 40 Klein- und Kleinstpensen hinzu. «Bei gut 6000 Lehrpersonen an den Luzerner

Schulen entsprechen 60 bis 70 offene Stellen einer Quote von etwa 1 Prozent», so Magno. In anderen Branchen sei die Situation weitaus problematischer. Sorgen bereiten ihm aber die spezialisierten Bereiche: «Wir müssen davon ausgehen, dass es bei der Logopädie und der Integrativen Förderung offene Pensen haben wird.» Eine Option sei, auf Personen zurückzugreifen, die das Pensionsalter erreicht haben, aber noch weiter arbeiten möchten. Ebenfalls sei der Einsatz von Fachkräften in Ausbildung «eine gute Alternative». Und auf der Sekundarstufe kämen auch Gymnasiallehrpersonen zum Einsatz.

Spezialisten sind an den Schulen seit einiger Zeit Mangelware. Jedes Jahr bleiben Stellen in der Logopädie und der Integrativen Förderung unbesetzt. Dass dieses Problem nicht gelöst werden konnte, sei «in der Tat ernüchternd», sagt Magno. Die Pädagogische Hochschule Luzern prüfe mit der interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik, ob eine Ausbildung in Luzern angeboten werden könne. Dies hatte vor einem Jahr bereits sein Vorgänger in Aussicht gestellt.

Ausbildungsplätze konnten nicht besetzt werden

Allerdings: An der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich wurden zusätzliche Plätze geschaffen, konnten aber nicht besetzt werden. Mit dem Ausbildungsangebot allein ist es also nicht getan. Dessen ist sich Magno bewusst: «Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um den Beruf attraktiv zu machen.» Was es dazu genau braucht, lässt er jedoch offen. Klar ist, dass es Jahre dauern wird, bis sich allfällige Massnahmen auf den Stellenmarkt auswirken.

Vom Fachkräftemangel an den Schulen merken die Kinder in der Regel nichts – wenn sie nicht gerade von ihrem Schulleiter für ein Werbevideo eingespannt werden. Die Kinder der 1./2. Klasse in Schötz scheinen sich dem Ernst der Lage bewusst zu sein. Im Facebook-Video legen sie sich jedenfalls ins Zeug, mit gewichtigen Argumenten:

«Manchmal folgen wir, manchmal nicht.» «Meistens sind wir ganz liebe Schüler und geben uns Mühe.»

WWW.

Das Video finden Sie unter: luzernerzeitung.ch/bonus

Das neue Luzerner Museum soll ins Verkehrshaus kommen

Das alte Zeughaus ist nicht gut zugänglich. FDP-Kantonsrat Gaudenz Zemp bringt deshalb einen neuen Museumsstandort ins Spiel.

Aus dem Natur- und Historischen Museum soll das «Luzerner Museum für Natur, Geschichte und Gesellschaft» werden. Das sind regierungsrätliche Pläne, die zwar nicht überall auf Begeisterung stossen, aber auch nicht auf breite Ablehnung. Anders verhält es sich mit der Absicht der Exekutive, das neue Museum vom jetzigen Standort an der Reuss ins alte Zeughaus an der Museggstrasse zu zügeln. Obwohl das Gebäude laut Regierung dafür geeignet ist, regt sich Widerstand – vorab aus einem Grund: Die Zugänglichkeit für Menschen mit einer Behinderung oder auch für ältere Personen und Familien mit Kinderwagen sei miserabel.

Michael Ledergerber, Geschäftsführer der Behindertenorganisation Procap Luzern, sagt denn auch: «Die Barrierefreiheit zu gewährleisten, wird schwierig.» Laut Bauberater Beat Husmann von der Fachstelle Hinder-

nisfrei Bauen Luzern genügt die jetzige Erschliessung von den Bushaltestellen am Kasernenplatz via Spreuerbrücke oder vom Bahnhof über den mit Stufen versehenen Rathaussteg und der sehr steilen Museggstrasse den Anforderungen von älteren Personen und Menschen mit einer Behinderung nicht. «Auch für Leute, die mit Rollator oder Kinderwagen unterwegs sind, fehlen durchgängige, hindernisfreie Verbindungen zu den nächstgelegenen ÖV-Haltestellen.»

Verkehrshausdirektor brachte Zemp auf die Idee

Nun bringt FDP-Kantonsrat Gaudenz Zemp einen neuen Museumsstandort ins Spiel: das verkehrstechnisch gut erschlossene und barrierefreie Verkehrshaus. Auf die Idee kam er, als Verkehrshausdirektor Martin Bütikofer an einer FDP-Fraktionssitzung einen Vortrag über die Entwicklung des meistbe-

suchten Museums der Schweiz hielt und erwähnte, dass die 1982 erstellten Schienenhallen 2 und 3 einem Neubau weichen werden. Zemp fragte Bütikofer

«Ein massgeschneiderter Neubau würde wesentlich mehr Möglichkeiten eröffnen.»



Gaudenz Zemp
Kantonsrat (FDP, Horw)

nach dem Vortrag, ob das Verkehrshaus nicht als möglicher Standort für das neu konzipierte «Museum für Natur, Geschichte und Gesellschaft» in Frage käme, was Bütikofer bejahte: «Wenn wir schon auf öffentlichen Grund neu bauen, könnten wir ja etwas grösser denken.»

Laut Bütikofer würden erste Volumenmodelle zeigen, dass die Fläche von 3000 Quadratmeter, welche das neue Museum benötigt, «gut zu integrieren» sei. Laufe alles nach Plan, könne der mehr als 50 Millionen Franken teure Ersatzbau für die beiden Schienenhallen 2028 in Betrieb genommen werden, hofft Bütikofer. Der Kanton Luzern will sich am Projekt mit 25 Millionen beteiligen. Kann das Verkehrshaus diesen Zeitplan einhalten, wäre er mit den Absichten des Kantons kompatibel: Die Eröffnung des neuen Museums im alten Zeughaus, für das Investitionen von 35 bis 37

Millionen Franken veranschlagt werden, ist für 2030 geplant.

Inhaltliche Synergien nutzen

Für Gaudenz Zemp wäre das Verkehrshaus der ideale Standort für das neue Museum. Nicht nur wegen der guten Erreichbarkeit mit Bahn, Bus, Velo, Schiff und Auto, sondern auch wegen Synergien bei Haustechnik, Gastronomie oder Veranstaltungen. «Man könnte das neue Museum wie bisher eigenständig betreiben, separat und mit eigenem Eingang konzipieren und auch inhaltliche Synergien mit dem Verkehrshaus ausloten.» Dies insbesondere deshalb, weil auch das Verkehrshaus viele historische relevante Inhalte habe.

Laut Zemp kann das denkmalgeschützte alte Zeughaus mit dem nötigen Aufwand zwar zu einem Museum umgerüstet werden. «Ein massgeschneiderter, spezifischer Neubau würde

aber wesentlich mehr Möglichkeiten eröffnen und dürfte auch ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen», glaubt der seit 2015 im Kantonsrat politisierende Horwer.

Nun will der Direktor des kantonalen KMU- und Gewerbeverbands von der Regierung wissen, was sie vom Verkehrshaus als Museumsstandort hält. In einer eben eingereichten parlamentarischen Anfrage stellt Zemp mehrere Fragen. Etwa die, wie die Regierung das Synergiepotenzial beurteilt. Zemp ist sich sicher, für seinen Vorstoss breite Unterstützung zu finden.

Der Kanton nimmt keine Stellung zum Vorschlag von Zemp. Man halte am Grundsatz fest, im Vorfeld der Behandlung eines Vorstosses durch die Regierung keine Fragen zu beantworten, sagt Heinz Bösch, Sekretär des Finanzdepartements.

Lukas Nussbaumer